

„Kleinröhrsdorf hat viel investiert“

Von Jens Fritzsche

Die Bewohner aus dem Nachbarort fürchten um Gesundheit und um den Wert ihrer Grundstücke.

Vor allem die Aussage von Jeffrey Seek, durch das geplante Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk bei Müllermilch würden ringsum Grundstücke wertvoller, bringt die Leute aus Kleinröhrsdorf auf die Palme. Vor allem ihre Grundstücke sind es, die der Planer des von den Anliegern als Müllöfen bezeichneten Kraftwerks meint, „aber von einem Mehrwert kann keine Rede sein, wenn nur wenige hundert Meter entfernt Brennstoffe aus Müll verbrannt werden sollen“, ist Günther Hutschalik empört, der in Kleinröhrsdorf wohnt und für die Bürgerinitiative Gegenwind im Stadtrat Großröhrsdorf sitzt. Insgesamt, sagt er, seien nach der Wende im schmucken Eigenheim-Gebiet zwischen 25 und 30 Millionen Euro investiert worden – „es kann also nicht immer nur ums Geld von Müllermilch und um dessen Investitionen gehen, wenn über das Kraftwerk diskutiert wird.“

Die Kleinröhrsdorfer jedenfalls wollen das geplante Kraftwerk vor ihrer Haustür nicht. „Und wir wissen, dass Müller auch Alternativen zur Müllverbrennung geprüft hat, wir wissen aber nicht, warum er sich letztlich nicht dafür entschieden hat“, sagt auch Dr. Klaus Stanke von der Bürgerinitiative. Müller solle mehr mit offenen Karten spielen, fordert er ein. Zudem hätte die Kleinröhrsdorfer Initiative einen Alternativ-Vorschlag zum „Müll-Ofen“: ein hochmodernes Feinstaub-Kraftwerk. „Die Verbrennung von Feinstaub ist so sauber, dass eine solche Anlage in Frankfurt/Oder zum Beispiel nur einen 50 Meter hohen Schornstein braucht; hier ist ein 75-Meter-Schornstein vorgesehen“, beschreibt Dr. Klaus Stanke seine Erkenntnisse. Und glaubt auch zu wissen, warum sich Müller gegen solche Alternativen entschied: Für den Kauf von Feinstaub müsste er gut 100 Euro pro Tonne bezahlen, „für die Ersatzbrennstoffe bekommt er hingegen sogar Geld, da liegt der Hund begraben!“

Sauer sind die Kleinröhrsdorfer auch, „weil zwar der ganze Dreck des Kraftwerks, die giftigen Stoffe, vom Wind hauptsächlich zu uns geweht werden, aber eine wirkliche Mitsprache haben wird nicht“, ärgert sich Günther Hutschalik. Deshalb müssten sich die Anlieger-Kommunen wissenschaftliche Hilfe holen, „es müssen unabhängige toxikologische Gutachten für jeden einzelnen Ort ringsum erstellt werden, um zu sehen, was tatsächlich durch den Bau passiert“, fordert er.